

ausforderungen mit sich gebracht. Eine besonders gefährdete Gruppe in der Bewältigung der neuen Situation sind die Frauen.

In meinem Lebensbereich erlebe ich Frauen, die auf Grund ihrer sozialen geistigen und persönlichen Unversehrtheit ihr Leben individuell und selbstbewußt neu bestimmen können. Ich erlebe auch Frauen in einem schweren Veränderungsprozeß, deren Kräfte und Möglichkeiten erschöpft sind. Denen Hilfestellungen verweigert werden, denen es droht – ob sie wollen oder nicht – die unbezahlte Hausfrauenrolle zugewiesen zu bekommen oder unterqualifiziert zu arbeiten (alleinlebende Frauen), um Familie und Beruf miteinander zu „vereinbaren“. Und dann erlebe ich Frauen, denen Arbeits- und Beziehungsverlust und der Verlust des staatlich geordneten Lebens keine Chancen mehr einräumt.

Ich erlebe den Wert der Frau vor und nach der Wende gering geachtet. „Frauengerechte“ Politik soll Vergangenes aufarbeiten, muß Gegenwärtiges unter Beteiligung von Frauen kritisch analysieren, wird sich aber zwingend einer Wertediskussion überhaupt stellen müssen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Schlegelmilch, für das sehr offene und auch sehr persönlich geführte Referat. Ich möchte jetzt gleich an Frau Dr. Schenk, Universität Halle, weitergeben.

Dr. Sabine Schenk: Vielen Dank, Frau Kurzhals. Meine Damen und Herren, Frau Kurzhals hat ja schon meinen jetzigen Aufenthaltsort genannt. Ich bin Soziologin und arbeite zur Zeit an der Martin Luther Universität Halle und werde dort die nächsten vier Jahre Zeit haben, eine Habilitationsschrift anzufertigen. Meine Promotion habe ich an der Humboldt-Universität Berlin angefertigt und dort auch 1990 verteidigt. In der Zeit dazwischen habe ich die letzten vier Jahre bei der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern gearbeitet. In diesem Zusammenhang habe ich mich auch – neben anderen Themen – mit der Situation von Frauen in den neuen Bundesländern beschäftigt. Ich habe für diesen Vortrag eine Reihe von Folien angefertigt, die wir hier leider nicht sehen können. Es ist aber die Tischvorlage als Kopie angefertigt worden, und diese Übersichten (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 2) stehen Ihnen jetzt mit diesem Redemanuskript zur Verfügung.

Ich bin aufgefordert worden, als Soziologin über die veränderten Lebenswelten von Frauen in den neuen Bundesländern im Zuge des Transformationsprozesses zu berichten. Sie werden merken, daß sich meine Ausführungen etwas von dem Bericht von Frau Schlegelmilch absetzen und unterscheiden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß meine Ausführungen grundsätzlich einen Gegensatz zu Frau Schlegelmilchs Vortrag darstellen. Für die Facetten, die zu diesem Thema in Betracht zu ziehen sind, sind meine Ausführungen vielleicht auch sehr nützlich.

Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Rückbesinnung auf die Erwartungen und Befürchtungen, die zu Beginn des Transformationsprozesses hinsichtlich der anstehenden Veränderungen in den Lebenswelten ostdeutscher Frauen formu-

liert wurden. In einer sehr vereinfachten und hier bewußt zugespitzten Form ließen sich damals wohl zwei Grundpositionen unterscheiden, die beide gleichermaßen plausibel waren und auf ernstzunehmenden Argumenten beruhten:

Da war zunächst eine eher pessimistische Position, die sehr schnell die Verdichtung von Beschäftigungsrisiken und die massive Abdrängung von Frauen aus dem Erwerbssystem und darüber hinaus das rasche Abschmelzen des in der DDR (im Vergleich zur Bundesrepublik) in verschiedensten Lebensbereichen konstatierten „Gleichstellungsvorsprungs“, wie Herr Geißler es formulierte, befürchtete.

Es gab weiterhin eine eher optimistische Position, die vor allem die Befreiung ostdeutscher Frauen von dem „Zwang der real-sozialistischen Vollerwerbstätigkeit“ und insbesondere der damit verbundenen erheblichen Doppelbelastung durch Berufs- und Familienpflichten betonte. Die Anhänger dieser Position erwarteten, daß eine Reihe von Frauen, vor allem von Müttern, die neuen Wahlmöglichkeiten nutzen und sich erleichtert vom Arbeitsmarkt zurückziehen bzw. ihre Erwerbsbeteiligung erheblich reduzieren würden. Parallel dazu wurde auch angenommen, daß die nun möglich und wahrscheinlich gewordene Ausweitung der Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland neue und attraktive Berufsfelder für Frauen bereitstellen wird. Also ähnlich wie die Tertiarisierungsschübe in den 70er Jahren in der Bundesrepublik.

Denkt man nun heute, sieben Jahre später darüber nach, welche Position den zu beobachtenden Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit von Frauen in den neuen Bundesländern näher war, so ist die Entscheidung scheinbar schon gefallen und kumuliert in der These von den „ostdeutschen Frauen als die Verliererinnen der Wiedervereinigung“. Diese These hat sich relativ rasch und auch sehr hartnäckig in den politischen Diskurs eingemischt und diesen auch geprägt und ist vielen bereits zur unverrückbaren Gewißheit geworden. Um es gleich vorweg zu sagen: Mir selbst ist diese These zu pauschal und in ihrer Perspektivaussage auch etwas zu voreilig. Gleichwohl ist unbestreitbar, daß sie sich leider auf bedrückende und problematische Befunde stützt.

Dazu gehört ganz sicher die krisenhafte Entwicklung des Arbeitsmarktes, in der ostdeutsche Frauen mit erheblich höheren Beschäftigungsrisiken konfrontiert sind als Männer. Ich möchte dies beispielhaft an einigen Punkten verdeutlichen. Wenn Sie jetzt einen kurzen Blick auf die Übersicht 1 werfen würden, kann man dort relativ gut erkennen, daß die noch Ende der 80er Jahre sehr ähnliche altersspezifische Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in Ostdeutschland sich in den letzten Jahren deutlich auseinanderentwickelt hat und heute eine verblüffende Ähnlichkeit zu den Mustern aufweist, die wir aus Westdeutschland kennen: Frauen sind insgesamt in geringerem Maße beschäftigt und ihre Erwerbsbeteiligung bricht ca. 5 Jahre früher ab als die der Männer, also schon im Alter ab 50 Jahre. Geschlechtsspezifisch gegenläufige Tendenzen zeigen sich vor allem in der Gruppe der 25-35jährigen. Während Männern dieser Gruppe eine gute Verstetigung im Erwerbssystem gelingt, schnei-

den die Frauen dieser Altersgruppe vergleichsweise schlecht ab: Der Rückgang ihrer Erwerbsbeteiligung und ihr Arbeitslosenanteil gleicht dem der älteren Frauen.

Wenn Sie jetzt die Übersicht 2 betrachten, erkennen Sie ein paar Zahlen zu den neusten Anteilen von Frauen im Erwerbsleben und in anderen Statusgruppen. Dort kann man erkennen, daß der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in Ostdeutschland sich von ca. 50 % im Jahr 1989 auf rd. 44 % (1996) reduziert hat. Gleichzeitig fällt ihr Anteil an den Arbeitslosen mit 60 % überproportional aus, und die Arbeitslosenquoten von Frauen ist mit rund 20 % fast doppelt so hoch, wie die der ostdeutscher Männer. Diese Entwicklung resultiert allerdings weniger daraus, daß Frauen in stärkerem Maße von Entlassungen betroffen waren oder sind, sondern vor allem aus den erheblichen Schwierigkeiten von Frauen, nach dem Verlust des Arbeitsplatzes oder einer Erwerbsunterbrechung z. B. wegen Kinderbetreuung, wieder eine neue Beschäftigung zu finden.

Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist dann auch ein hauptsächlich weibliches Phänomen und Problem. Von den Personen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind, sind ca. zwei Drittel Frauen; dieser Anteil erhöht sich auf rd. drei Viertel, wenn die Arbeitslosigkeit bereits länger als zwei Jahre dauert.

Frauen gelingt es also vor allem dann erwerbstätig zu bleiben, wenn sie einem Arbeitsplatzverlust entgehen können, während Männern in stärkerem Maße Wiedereinstiege möglich sind – auch in die vormals als frauentypisch geltenden Erwerbsefelder der Dienstleistungsarbeit. Wie Auswertungen auf der Basis des Soziökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen und jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung in Ost- und in Westdeutschland zeigen, müssen Frauen dabei häufiger als Männer berufliche Abstiege in Kauf nehmen, um überhaupt in Beschäftigung verbleiben zu können. In den Jahren von 1990 bis 1994 betraf das ca. 30 % der 1994 berufstätigen Frauen im Vergleich zu 22 % der berufstätigen Männer.

In der Tat konnten Männer in überdurchschnittlichem Maße von den Personalzuwächsen im Dienstleistungsbereich profitieren – zu Lasten von Frauen. Den Frauen bieten sich bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung fast ausschließlich im tertiären Sektor Beschäftigungsmöglichkeiten. Andere Bereiche stehen fast nur noch für Männer offen. Für die geschlechtsspezifische Branchen-Neuordnung der letzten Jahre lassen sich folgende Entwicklungen zusammenfassen: In der DDR frauendominierte Branchen werden zu Mischbranchen: Das betrifft den Handel, die Banken und die Versicherungen, aber auch andere Dienstleistungen. Mischbranchen werden zu tendenziell männerdominierten Branchen: Dazu gehören die Landwirtschaft, das verarbeitende Gewerbe, Verkehr, Bahn und Post. Traditionell männertypische Branchen schließen sich noch weiter gegen Frauenerwerbstätigkeit ab. Das betrifft den Bergbau und die Energie, die Bauwirtschaft, die Metall- und Elektroindustrie.

Trotz dieser Entwicklung bleibt meiner Ansicht nach hinsichtlich der „Verliererinnen-These“ Skepsis angebracht.

Verläßt man nämlich die ostdeutsche Perspektive des Vorher-Nachher-Vergleichs, dann stellt sich die aktuelle Situation – zwar nicht unproblematisch – aber zumindest weniger dramatisch dar: In den zurückliegenden Jahren des drastischen Beschäftigungseinbruchs in Ostdeutschland ist es immerhin 47 % der 18-59jährigen Frauen gelungen erwerbstätig zu bleiben oder zu werden, und ihr Anteil an den Berufstätigen liegt weiterhin über den westdeutschen Vergleichswerten.

Auch die überdurchschnittliche Betroffenheit aller Frauen von Arbeitsmarktrisiken läßt sich empirisch nicht bestätigen. Die auf die Ausweitung des Dienstleistungssektors gerichteten Hoffnungen als Wachstumsfeld qualifizierter Berufsarbeit für Frauen haben sich zwar nicht in erwartetem Maße bestätigt, detailliertere Analysen verweisen aber darauf, daß z. B. hochqualifizierte Frauen mittleren Alters in den Dienstleistungsberufen, z. B. Lehrerinnen oder Ärztinnen, sogar bessere Beschäftigungschancen hatten als Männer.

Salopp formuliert könnte man also sagen: So problematisch die Entwicklung auch ist, vor allem natürlich für die Betroffenen selbst – die aktuelle Lage ist eigentlich besser als die Stimmung. Allerdings wäre auch dies wiederum zu kurzschlüssig, gilt es doch auch hier, die Betroffenen als Expertinnen ihrer eigenen Situation ernst zu nehmen. Zu fragen bleibt also nach den Gründen dafür, daß im öffentlichen Diskurs die negativen Wahrnehmungen so deutlich und so dauerhaft dominieren.

Ein Grund ist sicherlich in der nach wie vor außerordentlich hohen Erwerbsneigung und -bereitschaft ostdeutscher Frauen zu sehen und in den damit verglichen nun allerdings sehr schlechten Realisierungschancen dieser Bereitschaft. Der freiwillige Rückzug von Frauen aus dem Berufsleben ist nur marginal ausgefallen, hat quasi nicht stattgefunden. Auch daß die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen sich zu einem Gutteil als „Mitnahmeeffekt“ erweisen könnte, der aus erworbenen Ansprüchen an die sozialen Sicherungssysteme, also konkret der Arbeitslosenversicherung resultiert, und mit Auslaufen dieser Ansprüche sukzessive verschwinden wird, ist eine unrealistische Annahme. Neun von zehn nichterwerbstätigen Frauen in den neuen Bundesländern wollen so schnell wie möglich wieder eine Beschäftigung aufnehmen – selbst Frauen mit kleineren Kindern. Damit ist der Erwerbswunsch der nichtbeschäftigten ostdeutschen Frauen nicht nur deutlich höher als der der vergleichbaren westdeutschen Frauengruppe, sondern entspricht in etwa dem ost- wie westdeutscher Männer. Die mit der Ausdehnung des Geltungsbereiches der bundesdeutschen Arbeits- und Sozialordnung in den neuen Bundesländern zur Verfügung stehende Alternativrolle als Hausfrau und Mutter erfreut sich bislang in Ostdeutschland keiner großen Beliebtheit.

Angesichts dieser Tatsache induziert die Prominenz der „Verliererinnen-These“ wohl vor allem eine Verlusterfahrung und ist damit einem Konflikt gene-

reller Art zuzurechnen, der weit über die aktuelle Situation und wohl auch über Ostdeutschland hinausweist – nämlich dem Grundkonflikt zwischen Berufsarbeit und Familie, mit dem sich gegenwärtig jede moderne Industriegesellschaft in der einen oder anderen Form konfrontiert sieht. Wie dieser Konflikt befriedet wird, und welche Rollen dabei jeweils Frauen zugewiesen werden, ist höchst unterschiedlich, ebenso wie der Erfahrungshintergrund ost- und westdeutscher Frauen und ihrer Familien. Westdeutsche Frauen und ihre Familien reflektieren das Grunddilemma als Entscheidungssituation zwischen der beruflichen Karriere beider Partner oder einem Leben mit Kindern. Für ostdeutsche Frauen und ihre Familien war und ist dies nicht im gleichen Maße eine Entscheidungssituation, sondern sie favorisieren nach wie vor die gleichzeitige Realisierung beider Bereiche. In dieser Konstruktion darf die Berufsarbeit – vor allem die Berufsarbeit von Frauen – zwar nicht einseitig zu Lasten der Familie gehen, aber doch Zugeständnisse von den anderen Familienmitgliedern fordern, d. h. Familienpflichten dürfen die Erwerbsteilnahme eines Partners nicht prinzipiell in Frage stellen. Die Vorstellungen und Orientierungen zur Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung unterscheiden sich dann auch systematisch in Ost- und Westdeutschland, und es ist wohl nicht übertrieben, in dieser Frage von zwei Teilkulturen zu sprechen. Auch dies möchte ich ganz kurz an zwei Punkten illustrieren.

Zum einen, an der in Übersicht 4 dargestellten Dauer der Erwerbsunterbrechung nach der Geburt eines Kindes, die bei ost- und westdeutschen Männern wie Frauen auf sehr unterschiedliche Wünsche trifft. Ostdeutsche favorisieren deutlich kürzere Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes als Westdeutsche. Eine lange Berufspause oder gar die Aufgabe des Berufs ziehen nur wenige in Betracht.

Zum anderen möchte ich auf die Übersicht 5 verweisen. Korrespondierend dazu wird die außerhäusliche Kinderbetreuung von ostdeutschen Frauen und Männern wesentlich stärker akzeptiert als in Westdeutschland.

Offensichtlich stützt sich diese Persistenz in der Unterschiedlichkeit ost- wie westdeutscher „Gewohnheiten“ dabei durchaus auf einen jeweils innerfamiliären Konsens – Frauen und Männer sind sich in diesen Fragen in den beiden Teilen Deutschlands ziemlich einig. Es gibt also wenige Anzeichen dafür, daß Frauen und ihre Familien in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit ihre Präferenzen und Zielvorstellungen denen westdeutscher Familien merklich annähern. Daran haben die Risiken, die das Erwerbssystem für Frauen bereithält, bislang nichts geändert. Auch die Anreiz- und Entlastungsstrukturen des bundesdeutschen Wohlfahrtsregimes wirken durchaus widersprüchlich, und die Entscheidungen für die zur Verfügung stehenden Optionen fallen in Ost- und Westdeutschland different aus. Familienbedingte Reduzierungen der Erwerbsteilnahme werden zwar steuerlich und sozialpolitisch flankiert, die Leistungen der Sicherungssysteme gleichen jedoch in keinem Fall die Belohnungen aus, die aus einer Erwerbsteilnahme zu realisieren sind. Längere Erwerbsunterbrechungen beinhalten vor allem für die Familien Attraktivität, in deren Lebens-

vorstellungen die häusliche Kinderbetreuung ohnehin einen deutlichen Vorrang hat. Diese Familien finden sich eher selten in Ostdeutschland.

Gleichwohl ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nun auch in Ostdeutschland schwieriger geworden. Die Veränderungen beim Mutterschutz und in der Kinderbetreuung haben aber den grundsätzlichen Vereinbarkeitsanspruch nicht obsolet werden lassen, denn zum einen ist die Orientierungsleistung dieser Regelungen eher indirekt und für verschiedene Interpretationen offen. Zum anderen ist das Betreuungsnetz der Kindereinrichtungen zwar ausgedünnt, zeitlich restriktiver und teurer geworden, aber immer noch wesentlich besser als in den alten Bundesländern.

Ob und inwieweit allerdings der Vereinbarkeitsanspruch den veränderten Verhältnissen tatsächlich standhält, werden erst die nächsten Jahre zeigen. Der drastische Geburtenrückgang in den ersten Transformationsjahren beginnt sich erst langsam wieder auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren. Wir werden also in den nächsten Jahren sehen, wie es ostdeutschen Frauen nach der Familienpause gelingt, Berufsarbeit und Kinderbetreuung zu kombinieren, ob sie ähnliche Erfahrungen machen wie westdeutsche Frauen oder – das wäre meine Vermutung – doch spezifische Bewältigungsformen des Vereinbarkeitsproblems entwickeln.

Auf jeden Fall ist es sehr zweifelhaft, daß sich die Lebensentwürfe und die Lebensrealität ostdeutscher Frauen in dieser Frage sehr rasch den aus Westdeutschland bekannten Mustern angleichen.

In diesem Sinne möchte ich meinen Beitrag mit einem Zitat abschließen, das die unterschiedliche Wahrnehmung junger Frauen in Ost- und Westdeutschland zum Verhältnis von Beruf und Familie sehr prononciert auf den Punkt bringt. Während Carol Hagemann-White 1982 für die alten Bundesländer formuliert hat:

„Mädchen können auch nicht annehmen, daß der Beruf ihnen eine geglückte Ehe vermittelt, völlig abwegig wäre die Hoffnung, durch Berufserfolg zur guten Mutter zu werden“, sagt eine junge ostdeutsche Frau:

„Wenn ich eine Familie habe, ist es wichtig, einen guten Beruf zu haben und glücklich zu sein im Beruf, sonst wird das mit der Familie auch nichts.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Schenk. Ich möchte jetzt noch einen kurzen Hinweis geben, ehe ich Frau Beyer das Wort überlasse. Im Anschluß an den Vortrag von Frau Beyer werden in der zweiten Gruppe „Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Jugendliche“ gleich die Kurzvorträge von Herrn Harald Bretschneider, Stadtmission Dresden, und Dr. Kai Schnabel, Max Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, folgen. Frau Beyer, ich gebe Ihnen jetzt das Wort.

Heidemarie Beyer, MdL: Ich komme aus Güstrow, aus Mecklenburg-Vorpommern, bin Jahrgang 1949, in Thüringen geboren und habe in jeden der neuen Bundesländer länger als drei Jahre gelebt. Ich habe mich den Anforderungen des Lebens gestellt. Nach der 10. Klasse habe ich ein diakonisches Jahr in den Neinstedter Anstalten gemacht. Danach bin ich hier in Radebeul bei Dresden als Gemeindehelferin ausgebildet worden, und ich freue mich natürlich deshalb besonders, daß die Enquete-Kommission gerade heute hier in Dresden tagt. Nach meinem Examen war ich in der evangelischen Kirchengemeinde in Wittenberg/Pisteritz in der Kinder-, Jugend-, Familien-, Frauen- und Gemeindearbeit tätig. Später habe ich die Berufstätigkeit für die Erziehung meiner vier Kinder unterbrochen. Danach habe ich in Wichernheim bei Frankfurt an der Oder ein Förderbereich für bildungsunfähige Kinder, die bis dahin noch keinerlei Förderung erfahren hatten, aufgebaut. Desweiteren habe ich behinderte Paare, die in einer Partnerschaft zusammenleben wollten, begleitet. Bereits Anfang der 80er Jahre habe ich „betreutes Wohnen für Behinderte“ am Rande unserer Einrichtung ermöglicht und dieses begleitet. Danach bin ich nach Güstrow gezogen. Dort habe ich in der Behindertenwerkstatt gearbeitet, und habe Familien mit Behinderten betreut und begleitet – ehrenamtlich, das gab es auch schon in der DDR. Meine Erfahrungen aus meiner persönlichen, privaten und beruflichen Tätigkeit waren für mich Motivation, die Wende aktiv herbeizuführen. Ich habe die SPD in Güstrow mitgegründet. Für mich waren diese Erfahrungen auch ein Grund dafür, aktiv in die Politik einzusteigen.

Ich bin seit 1990 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in der SPD-Fraktion. Um die Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Frauen deutlich zu machen, möchte ich ganz kurz noch einmal auf das Leben in der DDR eingehen. Nur auf diese Weise werden die Folgen des Umbruchs deutlicher.

„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe“ – dieser Anspruch war in der Verfassung der DDR garantiert“ (Art. 20, Abs. 2). Davon ausgehend war es für Frauen in der DDR eine Selbstverständlichkeit, einen Beruf zu erlernen und berufstätig zu sein, eine Selbstverständlichkeit, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, eine Selbstverständlichkeit, über ein breites Netz von Ganztagsbetreuung zu verfügen und eine Selbstverständlichkeit, eine eigene Alterssicherung zu haben.

Alle diese sozialpolitischen Erleichterungen in der DDR haben für Frauen Möglichkeiten der Selbstbestimmung eröffnet, aber sie haben das Geschlechterverhältnis als Machtverhältnis nicht verändert. Frauen durften auch Männerarbeit verrichten. Männer mußten sich aber nicht ändern. „Vater Staat“ gab den Frauen das, was er für sie als richtig und gut empfand, und Frauen sollten dafür dankbar sein.